

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Heftz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtsgerichtsbehörde Großenhain, des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1539
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 79.

Freitag, 3. April 1925, abends.

78. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten, für den Fall des Eintritts von Produktionsunterbrechungen, Erdbebenen der Wöhne und Materialienpreise bezahlen wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kurzzeit des Wochentages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die S. am breite, 3 am rechte Grundschrift-Zeile (6 Silben). 25 Gold-Pfennige, die S. am breite, 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Festes Tarif. Gewöhnlicher Rabatt besteht, wenn der Betrag verjügt, durch Klage eingezogen werden muss über den Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Fälligkeitstag: Riesa. Schätzliche Unterhaltungsbeiträge, ergrößer an der Elbe" - Im Falle höherer Gewalt - zwingt aber sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verkäufer oder der Gesellschaftseinrichtungen - hat der Besitzer keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachleistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Höpker-Ashoff lehnt ab.

Berlin. Zu Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung des Preußischen Landtags teilte Oberpräsident Dr. v. Kries ein Schreiben des Finanzministers Höpker-Ashoff mit, in dem dieser erklärt, daß seine Wahl zum Ministerpräsidenten gegen seinen Willen erfolgt ist, und daß er diese daher nicht annehmen könne.

Die Kandidatur Marx beschlossen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Präsidialkandidatur des früheren Reichskanzlers Marx ist nunmehr nach langwierigen und teilweise ziemlich komplizierten Verhandlungen im Prinzip beschlossen worden. Zur Stunde ist zwar eine öffentliche Kundgebung noch nicht erfolgt, aber die beteiligten Parteien, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie, arbeiten gegenwärtig in interfraktionellen Beisprechungen eine Erklärung aus, die der offizielle Nominierung der Kandidatur Marx beigelegt werden soll. Die Erklärung, die im Lager der drei Weimarer Parteien erzielt wurde, schien am Donnerstag nachmittag ernsthaft debröt. Man war nämlich wegen der preußischen Regierungfrage außerordentlich hart aneinandergeraten, da die demokratische Fraktion wegen des sonstigen Drucks, den Zentrum und Sozialdemokratie auf den Ministerpräsidenten Dr. Höpker-Ashoff ausgeübt hatten, um ihn zu einem Verzicht auf die Kandidatur des Sozialdemokraten Braun zu bewegen, sehr verzweigt war. Bei den interfraktionellen Beisprechungen im Preußischen Landtag hatten sogar die demokratischen Führer die Verhandlungen verlassen und erklärt, daß sie sich sofort mit dem Reichsparteivorstand in Verbindung setzen würden.

Die demokratischen Führer hielten dann auch eine mehrstündige Beisprechung ab, bei der ziemlich lebhafte Diskussionen stattfanden. Schließlich gelang es jedoch, der Situation die Schärfe zu nehmen, indem die demokratische Reichstagsfraktion den Vorwurf machte, vermittelnd einzugreifen und die beiden anderen Parteien dazu zu veranlassen, der demokratischen Landtagsfraktion Genehmigung zu geben.

Zwischen war am Donnerstag die Frage der Kandidatur Höchler abermals sehr energisch von den Ban-
tischen Volkspartei und dem rechten Zentrumsflügel aufgegriffen worden. Die Bemühungen weitereten jedoch, da sich die Reichsblokparteien auf den Standpunkt hielten, daß von ihrer Seite aus nichts geschehen könne, um neue Verhandlungen über Höchler einzuleiten. Wenn die Demokraten bereit wären, den Reichsverkehrsminister Dr. Höchler wieder vorzuschlagen, so könne man sich schließlich auf neue Verhandlungen einlassen.

Im Lager des Reichsblokes hat man zwar gestern be-
kanntlich noch keine Entscheidung treffen können, weil nämlich von deutungsnationaler Seite aus angezeigt worden war, die endgültige Proklamierung der Kandidatur Jarres erst dann vorzunehmen, wenn Dr. Jarres persönlich in Berlin eingetroffen ist. Da der bürgerliche Präsidialkandidat inzwischen von seiner Erkrankung wieder genesen ist, so ist mit seinem Eintreffen bis spätestens Sonnabend früh in Berlin zu rechnen. Bis dahin werden die Reichsblokparteien, wie unserm parlamentarischen Mitarbeiter ausdrücklich versichert wird, sich auf keinerlei Verhandlungen mit irgend einer Seite einzulassen und auch keine Vorschläge von anderer Seite vorzulegen.

In den Kreisen der Deutschen Volkspartei ist man der Meinung, daß es in gegenwärtigen Stadium der Dinge unmöglich sei, vor der Kandidatur Jarres abzugehen. Die volksparteiische Reichstagsfraktion tagte ebenfalls am Donnerstag bis in die späten Abendstunden hinein. Außenminister Dr. Stresemann ergriff in der Debatte wiederholt das Wort und lehnte sich sehr energisch dafür ein, daß die Kandidatur Jarres unverzüglich proklamiert werden sollte. Die Deutungsnationalen haben übrigens der Deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß auch ihre Fraktion in ihrer überaus großen Mehrheit für die Kandidatur Jarres sei, daß man aber auf der anderen Seite gar keinen Anlaß habe, die endgültige Entscheidung zu übersehen. Wenn die Linksparteien und das Zentrum jetzt mit der Kandidatur Marx hervortreten, so besteht die Notwendigkeit, die Situation von Anfang an nochmals zu überprüfen.

Sozialdemokratischer Protest.

* Berlin. Wie der Vorsitzende aus Leipzig meldet, hat die sozialdemokratische Partei von Groß-Leipzig eine Entschließung angenommen, in der die Leipziger Funktionäre gegen die Abstimmung, den sozialdemokratischen Präsidialkandidaten fallen zu lassen, protestieren. Die Funktionäre erklären, falls die Parteistandarten im Gegensatz zur grundsätzlichen Einstellung der Leipziger Parteienöffentlichkeit auf die Beliebung einer eigenen Kandidatur verzichten, sich die Entscheidung für ihre Haltung im Wahlkampf vorzuhalten.

Der Zentrumsbeschluß.

Berlin. (Kurzbericht.) Der Reichsparteiausschuß des Zentrums trat heute vormittags 9.30 Uhr zusammen und lehnte nach dem Referat des Vorsitzenden Marx und des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Schrenck den folgenden Beschluss: Der Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei billigt einstimmig die Erklärung der am 31. März und am 2. April vom Reichsparteivorstand getroffenen Beschlüsse, die Präsidialkandidatur von Marx auch für die Wahl am 26. April aufzuhorhalten.

10 Tote bei einem Schornstein-Einsturz.

* Leipzig. Der über hundert Meter hohe Schornstein des Maschinen- und Kesselhauses der Braunkohlenwerke in Böhmen bei Leipzig ist gestern nachmittag gegen 4.30 Uhr aus bloßen unbekannten Ursachen zusammengefallen. Mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben.

Wie wir zu dem Schornsteineinsturz bei Böhmen weiter erfahren, sind in den letzten Abendstunden erst zwei Schwerverletzte geborgen worden. 10 Schornsteinmauerer sind gestorben worden und befinden sich anscheinend auf dem Boden des eingestürzten Ofen. Um die Bergungslücken zu bergen, werden umfangreiche Sprengungen an dem unteren Teil der Mauer, die einen Durchmesser von nenn Metern hat, notwendig sein.

■ Dresden. Die Pressestelle der Sächsischen Werke stellt über das schwere Bauunglück in Böhmen folgendes mit: Beim Bau des Braunkohlen- und Großkraftwerks in Böhmen bei Leipzig kamen gestern nachmittag 4.30 Uhr ein vor anhänger starker Schornstein bei dem die innere Mauer bis auf die letzten 10 Meter fertig war, plötzlich ein. Dabei sind leider 10 Schornsteinmauerer verunglückt, außerdem zwei Mauerer leicht und einer schwer verletzt. An der Bergung der Bergungslücken wird gearbeitet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Die Untersuchung durch die zuständige Stelle ist im Gange.

Leipzig. (Kurzbericht mittags 12 Uhr.) Die bei dem Schornsteineinsturz auf dem Braunkohlenwerk Böhmen verunglückten 10 Schornsteinmauerer konnten bis heute vormittag nicht geborgen werden. Von den 3 Mauern, die von den herabfallenden Trümmern getroffen wurden, ist einer gestorben. Die Verletzungen der beiden anderen sind leichterer Natur. Über die Ursache der Katastrophen ist noch nichts bekannt. Die amtliche Untersuchung hierüber wird heute im Laufe des Tages stattfinden. Bei der Bauausführung ist ein neues Verfahren angewendet worden und zwar wurden Eisenbetonsteine mit Eisen-Armierung verwendet. Es ist möglich, daß der Untergang auf sich infolge der ungeheuren Belastung gesetzt hatte.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 2. April 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung fand eine Trauerkundgebung für die Opfer des Unglücks an der Weser statt. Präsident Winkler hielt, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben hatten, folgende Ansprache: "Durch ein unglückliches Unglück haben 78 brave Soldaten des republikanischen Heeres ihr Leben eingebüßt. Wir bedauern das Unglück von Herzen und sprechen den Angehörigen unter tiefstem Beileid aus, ebenso auch der Heeresverwaltung, die jedenfalls alles tun wird, um den Hinterbliebenen schließlich zu ihrem Rechte zu verhelfen und weiter alles tun möchte, um für die Zukunft derartige Unglücksfälle zu verhindern."

Das Haus tritt sodann in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Abg. Günther (Dem.) begründet seinen Antrag, die Staatsregierung zu erläutern, sofort staatliche Mittel bereit zu stellen, auf

Gründung eines Kreditsfonds für die gewerblichen und industriellen Kreise des Mittelstandes und der freien Berufe,

aus dem im Rahmen tilgbare Kredite gegen mögliche Verzinsung Kreditlinchen gegeben werden können, die genügende Sicherheit für die Rückzahlung der Darlehen bieten.

Abg. Meißner (DVP.) und Abg. Hammelsberg (DN) erklären sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden und sagen ihre Mitarbeit im Ausschuß zu. — Der Antrag Günther wird hierauf an den Haushaltshaushalt überwiesen.

Bei Beratung steht sodann Kap. 50 Tit. 15 des ordentlichen Staatshaushaltplans betr.

Verlegung der Pflanzenzuchtabteilung der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden nach Pillnitz.

Das Haus beschließt nach kurzer Aussprache, die zum Zwecke der Verlegung der Anstalt eingerichteten 67 400 Mark zu genehmigen und die Regierung zu ermächtigen, den Bau unbedacht der Verabschiedung des Haushaltplans sofort beginnen zu lassen.

Darauf entzieht sich eine längere Aussprache zu dem Vorschlag des Präsidenten,

noch zwei Sitzungen vor den Osterferien abzuhalten.

Abg. Lieberach (Kom.) und Edel (Vinklos) legen Berichtigung gegen die beabsichtigte Erledigung des Entwurfs einer Änderung des Gemeindeverfassungsgesetzes ein.

Abg. Möllisch (Sos.): Nachdem er sich lange genug die hässlichen Verleumdungen der letzten Tage habe gefallen lassen, lehne er sich als Vorsitzender des Reichsausschusses verlaßt, folgendes festzustellen: Er habe nie den Verlust unternommen, die

Verlage der Gemeindeordnung durchzuweisen. Wenn das sogar ein Mitglied des Ausschusses ausgesprochen, so sei das eine Behauptung wider befehlt. Die Redner der Opposition hätten oft dreimal und fünfmal zu einem Paragraphen gesprochen. Herr Edel

scheine nicht die leiseste Ahnung von der Geschäftseröffnung zu haben.

Abg. Edel (Vinklos) behauptet, Möllisch habe den Verteilungstypen verbrochen, eine derartige Vorlage nicht durchzuweisen, und nun tue er es doch. — Abg. Bethke (Sos.) erwidert, Edels Vorstoß sei nur ein Mandat zur Erfüllung der Öffentlichkeit. Edel verlasse nur, die Wohlbefinden zu vergewaltigen. — Abg. Lieberach (Kom.) und Liebmann (Vinklos) unterstützen die Ausführungen Edels.

— Abg. Dr. Seifert (Dem.) verabsahrt die Mitglieder seiner Fraktion gegen den Vorschlag der Durchsetzung der Vorlage und erklärt, die Linke verlasse nur, die ganze Arbeit des Ausschusses zu sabotieren. — Abg. Möllig (DVP.) stellt fest, daß die Kommunisten die geplante Ausführung direkt gewünscht hätten. (Hört, hört!) — Abg. Bethke (Sos.) erwidert Liebmann, die Koalitionssozialisten lichen sich nicht als Hausmeister einer Partei gebrauchen, zu einem solchen Amte (heute Herr Liebmann mehr Talent zu haben, Heiterkeit.) — Abg. Gramm (Kom.) meint, die beutigen Auseinandersetzungen zwischen den Rechts- und Linksozialisten seien nur die Nachwirkungen der mißlungenen Einigungsverhandlungen vom Montag. Nun wolle man dem Dinge eine sentimentale Hölle geben. (Schallendes Gelächter.)

Abg. Brüt (Vinklos) behauptet, seine Freunde trieben keine Obstruktion, könne aber die Versicherung geben, daß es der Rechten nicht gelingen werde, die gefährliche Vorlage noch vor Ostern unter Tisch und Nach zu bringen.

Das Haus befiehlt sodann gegen die Stimmen der Kommunisten und Linksozialisten, die nächste Sitzung am nächsten Dienstag abzuhalten.

Es folgt die Beratung über die Eingabe des Aerztlichen Bezirksvereins Dresden statt, derr, den

Aufbau des Landesgefundheitsamtes.

Abg. Vögel (Sos.) vertritt als Berichterstatter folgenden Antrag der Ausbildungsbehörde, die Bearbeitung sämtlicher im Ministerium des Innern, I. Abteilung, zusammenlaufenden Fragen, soweit sie ärztlicher Bearbeitung bedürfen, ausschließlich dem Landesgefundheitsamt zu übertragen und die Eingabe des ärztlichen Bezirksvereins auf sich zu beziehen zu lassen.

Der Mehrheitsantrag wird nach Ablehnung des Minoritätsantrages einstimmig angenommen.

Schließlich findet noch die Wahl der Mitglieder für den Unternehmensausschuß über die Beamtenpolitik der Koalitionsregierung statt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 7. April, nachm. 1 Uhr; vorläufige Weitererhebung der Gewerbe- und Grundsteuern, Steuererleichterungen für die Landwirtschaft, Mietstände in der Kleinrentnerfürsorge u. a.

Reichspost — Reichsdruckerei.

Die Sonntags-Postbestellung bleibt bestehen.

Abg. Berlin. Der Handholzausschuß des Reichstags lehnt die Staatsberatung des Reichspostministeriums fort.

Reichspostminister Stingl erklärt, daß, da Deutschland in der gegenwärtigen Lage alle Kräfte anzuwenden habe, um sich wirtschaftlich auf der Höhe zu halten, könne in absehbarer Zeit von einer Befreiung der sonntäglichen Postbestellung allerdings noch keine Rede sein. Jedenfalls eine Beunruhigung für die wirtschaftlichen Kreise sei also nicht gerechtfertigt.

In der Abstimmung wurde folgende Entschließung angenommen: "Die Aufzugs des Rundfunks im besetzten Gebiet soll von der Reichsregierung mit allen Mitteln aufgehalten werden. Auch ist dafür Sorge zu tragen, daß die Übertragbarkeit des Rundfunks unter allen Umständen sichergestellt wird. — Die Reichsregierung wird erzählt, daß sie Sorge zu tragen, daß unter keinen Umständen eine Einschränkung des heutigen Postbestellungsdiensstes Platz greife, sondern im Gegenteil alles geschieht, um den beredigten Klagen über örtliche Versorgungen der Briefbestellung Abhilfe zu schaffen. Weiter sollen aber auch die vom Reichsstabamt beschlossenen Förderleichterungen für die Reichsbahnstrecken folglich und mit aller Verstärkung allgemein durchgeführt werden. Die Postbestellung auf dem Lande soll der wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechend verbessert werden. Auch wird die Reichspostverwaltung erzählt, den Beitrag, den im Haushalt der Reichspost für Vermehrung der Wohngelegenheiten für Reichspostbedienstete ausgeworfen ist, wesentlich zu erhöhen.

Darauf wurde der Vorsitz der Reichspost verabschiedet und der Ausschuß wandte sich dem

Haushalt der Reichsdruckerei

zu. Der Ausschuß beschloß, gemäß einer Entschließung des Abg. Steinopf (Sos.), die Reichsregierung zu erläutern, Vorkehrungen zu treffen, daß Druckaufträge der Reichsbehörden an die Privatindustrie erst vergeben werden, wenn die Reichsdruckerei vollbeschäftigt ist oder die Vergabe an Private für das Reich wirtschaftlicher ist.

Damit war auch der Vorsitz der Reichsdruckerei erledigt und der Ausschuß vertrat sich auf Freitag.

Keine Einigung über den Finanzausgleich.

Berlin, 3. April. Wie wir hören, haben die neuerrichteten Bewegungen zwischen dem Finanzminister und den Finanzministern der Länder dazu geführt, daß eine Einigung über den Finanzausgleich grundsätzlich nicht zukünftig kommen wird. Bei der Völkerung, die jetzt getroffen werden muss, kann es sich demnach nur darum handeln, eine provisorische Regelung der Finanzfragen zwischen Ländern und Reich zu treffen.